

Mitten drin – Krisen der Arbeitswelt und ihre Vereinnahmung von rechts #2

CONNECT

Gute Arbeit – Schlechte Arbeit? Abwertung von allen, die nicht ‚normal‘ arbeiten

Im Herbst 2025 fand im Rahmen des Projekts „Connect – Vielfalt durch Teilhabe“ beim DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. eine Online-Veranstaltungsreihe statt. Die Vorträge der Reihe wurden verschriftlicht und in mehreren Sprachen veröffentlicht. Dieser Text fasst den Vortrag von **Fabienne Décieux (Universität Innsbruck)** zusammen.

Welche Arbeit gilt in der Gesellschaft als ‚normal‘ und warum ist das so? Was verrät das über unsere Vorstellungen von Leistung und Gerechtigkeit? Und trägt all dies zur Verbreitung von Diskriminierung und rechten Positionen bei?

Leistungsgesellschaft als ‚Normalität‘

Wer mehr leistet, sollte dafür auch belohnt werden und mehr bekommen – diese Idee gilt als ‚normal‘. Die meisten Menschen in Deutschland finden, dass unsere Gesellschaft so aufgebaut ist und das auch so sein sollte. Auf ihre persönliche Realität bezogen stellen viele allerdings fest, dass ihre Anstrengungen und Leistungen nicht entsprechend anerkannt werden. Wie passt das zusammen und woher kommt der eiserne Glaube ans Leistungsprinzip?

Die Leistungsgesellschaft (auch „Meritokratie“) geht auf die bürgerliche Revolution im 19. Jahrhundert und die Etablierung gleicher Rechte und individueller Freiheiten zurück. Sie löste die Aristokratie ab und stellte ursprünglich eine Errungenschaft dar: Das ‚gute Leben‘ war nicht mehr exklusiv dem Adel vorbehalten, sondern wurde theoretisch auch durch sozialen Aufstieg möglich. Das ist das Versprechen des Leistungsprinzips. Das Prinzip bürgerlicher Gleichheit gilt bis heute, widerspricht sich aber in der Realität mit dem Kapitalismus als Gesellschaftssystem, das auf Ungleichheit basiert. Das Leistungsprinzip ist damit ein Trugbild: es gilt etwa nicht auf den Besitz bezogen, da z.B. Reichtum vererbt werden kann und nicht individuell erarbeitet werden muss. Aber auch die Belohnung individueller Leistung gilt bei weitem nicht für Alle. Viele Anstrengungen werden gesellschaftlich nicht als ‚echte Arbeit‘ anerkannt. Davon betroffen sind vor allem Tätigkeiten, die traditionell als „weiblich“ gelten, wie Haushalts- oder Sorgearbeit (z.B. für Kinder und alte Menschen). Diese Zuschreibungen und Bewertungen können sich allerdings ändern und sind gesellschaftlich umkämpft. Ein Beispiel für einen solchen Imagewandel ist der heute hoch angesehene und häufig gut bezahlte IT-Bereich. Früher übernahmen vor allem Frauen die Entwicklung neuer Software und verdienten vergleichsweise wenig Geld. Erst mit der steigenden Bedeutung der Branche stieg

der Anteil der männlichen Beschäftigten und folglich das Ansehen sowie die Gehälter. Das Beispiel zeigt, dass Leistung nicht objektiv ist, sondern eine gesellschaftliche Bewertung, die von Machtverhältnissen und sozialen Strukturen abhängt.

„Normale“ Arbeit – was war das mal, was ist das jetzt?

Was auch heute noch als ‚Normalarbeitsverhältnis‘ bezeichnet wird, etablierte sich in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, der sogenannten Zeit des „Fordismus“. Sozialen Aufstieg gab es zum einen kollektiv über regelmäßige Zuwächse im Reallohn, die durch starke Gewerkschaften durchgesetzt wurden. Zum anderen gehörten mittelfristige Aufstiege innerhalb des Betriebs zur Regel. Dieses Grundmodell wurde von einem „sorgenden Wohlfahrtsstaat“ gerahmt, der im Fall von Arbeitslosigkeit eine stabile soziale Absicherung garantierte. Entsprechend galten als Leistungsträger im Fordismus die einheimischen, männlichen Arbeiter- und Mittelschichten. Übersehen oder verkannt wurde vor allem die unbezahlte Arbeit von Hausfrauen, die durch das System in diese Rolle gedrängt wurden. Aber auch die Leistung migrantischer „Gastarbeiter“ wurde gesellschaftlich weniger gewürdigt, ökonomisch weniger abgesichert und sie hatten weniger Aufstiegsmöglichkeiten.

Fordismus: benannt nach dem Gründer des Automobilherstellers Henry Ford. Im Fordismus herrschten klare gesellschaftliche Strukturen: In der heterosexuellen Kleinfamilie war der Mann alleiniger Brotverdiener und arbeitete typischerweise 40 Wochenstunden als unbefristeter Angestellter in einem Industriebetrieb.

Allerdings erodierte spätestens in den 90er Jahren die bisherige Kombination aus ‚Normalarbeitsverhältnis‘, Kleinfamilie und Wohlfahrtsstaat. Das ‚Normalarbeitsverhältnis‘ gab es zwar weiterhin, doch daneben entstanden viele andere Formen von Erwerbsarbeit (auch

für die Gruppe, die vorher abgesichert war): mehr Teilzeit, mehr befristete Stellen, mehrere Jobs gleichzeitig oder neue Modelle wie Leiharbeit. Dadurch wurden Arbeit und Einkommen unsicherer und stärker flexibilisiert. Auch der Sozialstaat veränderte sich. Leistungen wurden stärker an Erwerbsarbeit gebunden und mit mehr Pflichten verbunden. Politiker*innen und Medien warnten, ein zu großzügiges sozialstaatliches Auffangnetz würde zur „sozialen Hängematte“ werden für Alle, die nichts leisten wollen und sich stattdessen ausruhen. Das Leistungsprinzip wurde dadurch immer mehr zu einer Aufforderung an die Menschen, ständig verfügbar und aktiv zu sein. Gleichzeitig sollten staatliche Ausgaben stärker wirtschaftlichen Nutzen bringen. Sozialpolitik bekam einen „Investitionscharakter“. Ein Beispiel ist der Ausbau der frühen Kinderbetreuung, der vor allem dazu diente, mehr Frauen für den Arbeitsmarkt zu gewinnen.

Verstärkte Leistungsanforderungen, weniger Sicherheit

Die Erfolgsgeschichte der vermeintlichen „Leistungsträger“ von früher – vor allem Männer in sicheren Vollzeitstellen – setzte sich nicht fort. Reallöhne stagnierten, der Familienlohn reichte nicht mehr aus, und Aufgaben in Familien und Betrieben verschoben sich. Manche sprechen deshalb von einer „Abstiegsgesellschaft“. Doch das Bild ist nur teilweise richtig. Denn einige Gruppen, die vorher benachteiligt waren, konnten begrenzte Aufstiege erleben, zum Beispiel Frauen. Zwar arbeiten viele unter prekären Bedingungen, doch es gibt heute Aufstiegschancen und Möglichkeiten freier Lebensentwürfe, die es früher nicht gab.

Trotz all dieser Veränderungen bleibt das Leistungsprinzip bestehen. Es bekommt jedoch eine neue Form. Leistung wird zunehmend an messbaren Ergebnissen und Effizienz festgemacht. Auch wurden viele staatlich geregelte Bereiche privatisiert, beispielsweise das Gesundheitswesen. Dadurch breitet sich Wettbewerb auf immer mehr Lebensfelder aus. In dieser Idealvorstellung optimieren sich Menschen stetig selbst, um ihren Nutzen zu verbessern, und nehmen keine Rücksicht auf

Sorgeverpflichtungen. In der Realität führt das jedoch zur Abwertung vieler Tätigkeiten, die sich nicht einfach messen lassen, zum Beispiel Pflege-, Erziehungs- oder andere Sorgearbeiten. Zugleich zieht sich der Staat aus Bereichen wie der Altenpflege zurück. Probleme werden so individualisiert – die Verantwortung liegt bei den Einzelnen.

Frauen trifft dies besonders. Sie arbeiten häufiger in Teilzeit oder in anderen nicht-stabilen Beschäftigungsformen, da sie häufiger als Männer sowohl entlohnte als auch und nicht-entlohnte Arbeit bewältigen müssen.

Insgesamt sind Leistungsanforderungen in den letzten 30 Jahren gestiegen, während Sicherheiten abnehmen. Die Grenzen zwischen ‚normaler Arbeit‘, die Sicherheit verspricht, und prekärer Arbeit am vermeintlichen Rand der Gesellschaft haben sich verschoben, und viele Menschen spüren diese Unsicherheit.

Verletzte Ansprüche an Gerechtigkeit?

Um zu verstehen, was die beschriebenen Entwicklungen für Menschen bedeuten, hilft ein Blick auf ihre subjektiven Ansprüche an soziale Gerechtigkeit. Solche Ansprüche beziehen sich immer auf das Verhältnis zwischen der eigenen Lebenslage und der gesellschaftlichen Realität. Menschen beurteilen Gerechtigkeit also daran, wie sie selbst im Vergleich zu ihrer Umgebung stehen und was sie für angemessen halten.

Grundlegend stützen sich diese Ansprüche weiter stark auf das Leistungsprinzip: Die eigene Leistungsfähigkeit und die tatsächlich erbrachte Leistung sollen anerkannt und belohnt werden. Daran hat sich wenig geändert. Die Forschung zeigt aber, dass sich Ansprüche im Laufe gesellschaftlicher Entwicklungen verschieben. Seit der Finanzkrise 2008 und der strengen Sparpolitik in Griechenland, welche vor allem die unteren Schichten dort

hat verarmen lassen, haben viele Menschen in Deutschland und Österreich das Gefühl, ihre früheren Ansprüche seien „zu hoch“ gewesen und es müsste ihnen doch eigentlich gut gehen. Sie vergleichen ihre Lage nun stärker nach unten und richten ihren Erwartungen entsprechend aus – auch wenn ihr grundlegender Glaube ans Leistungsprinzip weiterhin ein Aufstiegsversprechen enthält. Die Folge ist ein Spannungsgefühl: Vielen fällt es schwerer, den Frust über ihren persönlichen wirtschaftlichen Stillstand oder gar Rückschritt auszudrücken. Dennoch erleben sie diesen, da Reallöhne immer seltener steigen und auch die gesellschaftliche Infrastruktur in vielen Gegenden schlechter wird.

Verstärkt wird dies durch die allgemeine Ökonomisierung des Lebens. Immer mehr Bereiche orientieren sich wie selbstverständlich an Marktlogiken, nicht mehr an sozialen Prinzipien. Im Gesundheitswesen z.B. gilt es als normal, dass Beschäftigte „mehr leisten müssen“, damit Kliniken keine Verluste machen. Ob Aufgaben staatlicher und gesellschaftlicher Grundversorgung wie Gesundheit und Pflege überhaupt privatisiert und an wirtschaftlichen Grundsätzen ausgerichtet werden sollten, wird in der neoliberalen Logik nicht diskutiert. Diese ‚Normalität‘ wirkt wie eine Naturgewalt, die vermeintlich nicht hinterfragt werden kann. Zugleich kann wissenschaftlich eine steigende Identifikation mit dem Markt und seiner Logik bis hinunter zu den Beschäftigten nachgewiesen werden. Viele sind etwa stolz auf Deutschlands wirtschaftlichen Status als „Exportweltmeister“. Entsprechend gibt es – trotz der verletzten Ansprüche – auch eine Art freiwillige Unterwerfung unter die neuen Leitlinien der Gesellschaft.

Politische Folgen

Die schwer auszudrückende Verwundbarkeit und Ohnmacht vieler Menschen gegenüber einer stark ökonomisch geprägten „Normalität“ führen oft zu diffuser Wut. Diese müsste sich eigentlich gegen die beschriebenen neoliberalen Strukturen richten, die aber auf Grund ihrer scheinbaren Normalität übermächtig wirken und als seien sie nicht zu ändern. Doch die Wut braucht ein Ziel: Dadurch entsteht eine größere Offenheit für rechte Deutungen, die

einfache Feindbilder anbieten und scheinbar Schuldige benennen. Besonders häufig trifft das Migrant*innen und andere Gruppen mit geringer Macht in der Gesellschaft, aber auch die etablierten politischen Parteien. Gleichzeitig wächst bei vielen (auch jungen) Menschen durch die wirtschaftliche und weltpolitische Unsicherheit der Wunsch nach klaren, traditionellen Strukturen, etwa einer Rückkehr zu konservativen Geschlechterrollen.

In der Gesellschaft nehmen Abstiegsängste zu, selbst wenn sie nicht auf eigene Erfahrungen zurückgehen. Denn auch ohne tatsächliche materielle Verluste erleben viele Menschen Verletzungen ihrer Gerechtigkeitsansprüche, die sich über die Zeit angestaut haben. Sie haben das Gefühl, immer schneller laufen zu müssen, um auf einer „rückwärts-fahrenden Rolltreppe“ nicht nach unten zu rutschen. Dieser Frust äußert sich zunehmend in einer allgemeinen Unzufriedenheit mit „dem System“ oder „der Politik“. Gleichzeitig bewegen sich viele weiterhin innerhalb der Logiken dieses Systems – etwa, wenn nicht die Struktur eines knappen Sozialstaats infrage gestellt wird, sondern lediglich gefordert wird, bestimmte Gruppen davon auszuschließen.

Diese Entwicklungen tragen dazu bei, dass rechte und faschistische Politik immer mehr frustrierte Anhänger*innen gewinnt. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir verändern, was Gerechtigkeit und Leistung für uns bedeuten soll. Denn prekäre Arbeit und hohe Leistungsanforderungen sind keine Naturgesetze, auch wenn sie heute als „normal“ gelten.

Du willst mehr darüber wissen, wie Debatten in Betrieb und Gesellschaft durch rechte Interpretationen besetzt werden?

Alle weiteren Themen der Veranstaltungs- und Schriftenreihe findest du auf unserer Website:

www.dgb-bwt.de/wissen-fuer-alle

Alle Texte sind in **folgenden Sprachen** verfügbar: Arabisch, Dari, Deutsch, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Spanisch, Vietnamesisch.

In Trägerschaft
des:



Im Rahmen des
Bundesprogramms:



Gefördert durch
das:



Administriert durch
das:

